

## „Er glaubte, von allem etwas bringen zu müssen“

Ich übersende folgenden Diskussionsbeitrag zu dem Artikel „Schluß mit dem Dogmatismus in der Propagandaarbeit“ im „Neuen Weg“, Heft 19:

Auf einer würdigen Feier am 36. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Kleinmachnow sprach der 1. Sekretär der SED-Ortsleitung Kleinmachnow, Genosse Mau. Genosse Mau machte in seiner viel zu langen Rede den Fehler, den man bei Funktionären der Partei leider sehr häufig trifft: Er glaubte, von allem etwas bringen zu müssen. Vom „Kreuzer Aurora“ bis zum „Ökonomischen Grundgesetz“ war es ein Querschnitt durch die Geschichte der KPdSU, ein Feld-, Wald- und Wiesenreferat ein Jonglieren mit Fremdwörtern, die er noch dazu viel zu schnell und manchmal unrichtig aussprach. Genosse Mau hätte an die vielen Kinder, Jugendlichen und parteilosen Mitbürger denken sollen, die zu dieser Feierstunde gekommen waren, denen diese Begriffe aus der Theorie des Marxismus-Leninismus fremd sind, mit denen sie nichts anfangen können. Die Werktätigen wollen nicht mit fertigungsgeprägten Ausdrücken aus der Polit-

ökonomie abgefertigt werden, sie erwarten Anleitung und Hilfe zum Verstehen der zwei verschiedenen Wirtschaftsformen, die sich heute im Westen und Osten unserer Heimat gegenüberstehen. Man muß den werktätigen Menschen Beispiele der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Bauern Westdeutschlands geben, damit sie die eigene gesicherte Existenz und die Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiet bei uns in vollem Umfange begreifen.

Und dann die Schlußworte des Genossen Mau: „Das — heute Abend“ — sagte er, „war deutsch-sowjetische Freundschaft in Aktion!“ So gut diese Worte wohl gemeint waren, aber, wer sollte sie verstehen? „Nun sag's schon deutsch...“ läßt Heinar Kipphard in seinem Stück „Shakespeare dringend gesucht“ den Dichter sagen, nachdem ein junger Genosse seine Ansicht in geschraubten Leitartikelausdrücken heruntergehaspelt hatte. Ja, nun sag's schon deutsch, Genosse Mau: „das — heute Abend, war ein wirklicher Ausdruck deutsch-sowjetischer Freundschaft“. Wozu man wiederum sagen muß, daß es nicht einmal stimmt. Denn

die wirklich anzuerkennende Mühe unserer Volkspolizei und der Schulkinder, unseren sowjetischen Freunden russische Lieder zu Gehör zu bringen, war das Zeichen des Dankes an die Sowjetunion, deren Soldaten uns 1945 von der Hitlerbarbarei befreit haben und unserer jungen Republik von Stund an mit Rat und Tat getreu zur Seite standen, war ein kleiner Dank für das große Geschenk der Sowjetregierung, uns ab Januar 1954 sämtliche Reparationen zu erlassen und alle restlichen SAG-Betriebe kostenlos in deutsche Hände zu geben.

Lieder, Erklärungen und Händeschütteln sind noch keine sichtbaren Taten deutsch-sowjetischer Freundschaft, diese liegen zur Zeit noch voll auf seiten des Sowjetvolkes, das in großzügiger Weise uns deutsche Menschen nicht gleichsetzt mit dem niederträchtigen Hitlerregime, das seine Städte und Dörfer zerstörte, sondern uns hilft, unseren wirtschaftlichen Aufstieg zu beschleunigen. Die Beweisprobe wirklich deutsch-sowjetischer Freundschaft, d. h. uns der sowjetischen Freundschaft würdig zu zeigen, liegt noch vor uns. Mögen wir sie in Ehren bestehen.

Hanna Goetz  
Kleinmachnow

## Auch die ordnungsgemäße Beitragszahlung sichert die Rechte der Parteimitglieder

Eine gute und gründliche Vorbereitung auf den IV. Parteitag stärkt unsere Partei nicht nur ideologisch-politisch, sondern auch organisatorisch. Je besser wir die Ergebnisse des 15. und 16. Plenums durcharbeiten und in unseren Grundorganisationen auswerten, desto besser werden die Voraussetzungen für den IV. Parteitag sein. Die Direktive und die Instruktion des Zentralkomitees der SED über die Wahlen der leitenden Parteiorgane und über die Wahlen der Delegierten zu Parteikonferenzen und zum Parteitag, sowie das Referat des Genossen Schirdewan sind uns dabei eine gute Richtschnur.

Für uns war der Punkt 4 der Instruktion besonders wichtig, denn hier wird festgelegt, daß nur die Mitglieder der Partei, die ein gültiges Parteidokument besitzen, in der richtigen Grundorganisation organisiert und nicht länger als drei Monate ohne triftigen Grund mit der Bezahlung ihrer ordnungsgemäßen Mitgliedsbeiträge im Rückstand sind, eine beschließende Stimme haben. Dennoch ist gerade jetzt, den Anstoß gab bei uns die Auswertung der Instruktion des ZK, festzustellen, daß nicht alle Genossen ihre Parteibeiträge in der richtigen Höhe bezahlen. Das bedeutet, daß diese Genossen nicht von ihrem Recht Gebrauch machen können, an den Wahlen zur Vorbereitung des IV. Parteitags

teilzunehmen und daß man solche Genossen, die das Statut unserer Partei nicht einhalten, auch nicht wählen kann.

Wir haben uns in den Leitungssitzungen und in den Mitgliederversammlungen mit diesen Genossen beschäftigt. Wir haben ihnen erklärt, daß nicht nur die Beitragszahlung an sich entscheidend ist, sondern vor allem auch die ordnungsgemäße Höhe. Jeder Genosse hat sich ja dazu verpflichtet, denn im Statut heißt es gleich im ersten Punkt: „Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands kann sein, wer die Ziele und das Statut der Partei anerkennt“, und im Punkt 70, daß „die monatlichen Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder und Kandidaten entsprechend den Beschlüssen des Parteitages oder des Zentralkomitees festgesetzt“ werden. Jeder Parteigruppenorganisator, der neben seiner großen politischen und organisatorischen Arbeit auch die äußerst wichtige Aufgabe der Kassierung der Parteibeiträge hat, bekommt dafür das vom Zentralkomitee herausgegebene rosa Heftchen, in dem neben den Beitragsätzen für die einzelnen Verdienstspannen die Anweisung für die Kassierung enthalten ist.

Dort heißt es unter anderem:  
„Die Beitragszahlung in der vom Zentralkomitee festgesetzten Höhe richtet

sich nach dem Gesamtbruttoeinkommen des Mitgliedes. Jedoch rechnen nicht zum Bruttoeinkommen: einmalige Prämien, die anlässlich des 8. März, 1. Mai und 13. Oktober gezahlt werden, Erfinderprämien, Nationalpreise, Überstunden-, Sonntags- und Trennungsgelder sowie Schmutzzulagen. Rentner zahlen nach der Höhe ihrer Rente, bzw. bei Bestehen eines Arbeitsverhältnisses nach der Höhe ihres Gesamtbruttoeinkommens. Bei einem Arbeitsverhältnis wird bei Altersrentnern die Rente nicht in Anrechnung gebracht, wenn diese unter 150 DM liegt.“

Gerade in den Wohngebietsparteiorganisationen haben wir jetzt festgestellt, daß einige Genossen, die selbständige Gewerbetreibende sind, und auch Rentner, nicht die Beiträge in der richtigen Höhe bezahlen. Ganz gleich, ob 'fe oder 250 DM Rente, kleben viele Genossen nur Beitragsmarken im Werte von 0,50 DM. Wir haben in den Mitgliederversammlungen dazu Stellung genommen und diesen Genossen erklärt, daß alle Mitglieder und Kandidaten der Partei gegenüber die gleichen Pflichten haben. Genosse Kalinin sagte dazu: „Für denjenigen, der an die Partei denkt, ist die Bezahlung der Parteibeiträge ein Vergnügen, weil er dadurch gewissermaßen eine materielle Verbindung mit der Partei herstellt, gleichsam mit ihr in Berührung kommt.“ Diese Worte haben ihren gleichen Wert für die Entrichtung der Beiträge in ihrer ordnungsgemäßen Höhe. Es ist allen klar, daß unsere Rentner mit ihrem Geld rechnen müssen. Die betreffenden Ge-